

Vorlage an den Landrat

Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind
2023/90

vom 7. Februar 2023

1. Übersicht

1.1. Zusammenfassung

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2022** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2021** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung beantragt wird (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

1.2. Inhaltsverzeichnis

1.	Übersicht	2
1.1.	Zusammenfassung	2
1.2.	Inhaltsverzeichnis	2
2.	Abzuschreibende Aufträge	4
2.1.	Finanz- und Kirchendirektion	4
2.1.1.	<i>Postulate</i>	4
2.1.2.	<i>Motionen</i>	5
2.2.	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	5
2.2.1.	<i>Postulate</i>	5
2.2.2.	<i>Motionen</i>	6
2.3.	Bau- und Umweltschutzdirektion	6
2.3.1.	<i>Postulate</i>	6
2.3.2.	<i>Motionen</i>	6
2.4.	Sicherheitsdirektion	8
2.4.1.	<i>Postulate</i>	8
2.4.2.	<i>Motionen</i>	8
2.5.	Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	8
2.5.1.	<i>Postulate</i>	8
2.5.2.	<i>Motionen</i>	8
2.6.	Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats	8
2.6.1.	<i>Postulate</i>	8
2.6.2.	<i>Motionen</i>	8
3.	Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden	9
3.1.	Finanz- und Kirchendirektion	9
3.1.1.	<i>Postulate</i>	9
3.1.2.	<i>Motionen</i>	11
3.2.	Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	11
3.2.1.	<i>Postulate</i>	11
3.2.2.	<i>Motionen</i>	12
3.3.	Bau- und Umweltschutzdirektion	12
3.3.1.	<i>Postulate</i>	12
3.3.2.	<i>Motionen</i>	18
3.4.	Sicherheitsdirektion	19
3.4.1.	<i>Postulate</i>	19
3.4.2.	<i>Motionen</i>	20
3.5.	Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	20
3.5.1.	<i>Postulate</i>	20
3.5.2.	<i>Motionen</i>	22
3.6.	Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats	23

3.6.1.	<i>Postulate</i>	23
3.6.2.	<i>Motionen</i>	23
4.	Anträge	24
5.	Anhang	24

2. Abzuschreibende Aufträge

Gemäss § 46 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landrats vom 21. November 1994 (SGS 131.1) unterbreitet der Regierungsrat Berichte und Anträge über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrats erfüllt worden sind. Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2022** überwiesenen, **noch nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2021** überwiesenen, **noch nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung beantragt wird (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2.1. Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2020/494	Armutsstrategie V: Änderung des Gesetzes über die Sozial- und die Jugendhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) Postulat, Pascale Meschberger , vom 24.09.2020	Die Forderung des Postulats wurde mit der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes, die per 1. Januar 2023 bzw. 1. April 2023 in Kraft gesetzt wurde bzw. wird, umgesetzt (siehe RRB-Nr. 2022-1556 vom 25. Oktober 2022). Einerseits wurde die Sozialberatung im Gesetz gestärkt und präzisiert, andererseits wurden die gesetzlichen Grundlagen für ein kantonales Assessmentcenter geschaffen, das insbesondere einen präventiven, der Sozialhilfe vorgelagerten Charakter hat. Der Regierungsrat beantragt, Postulat 2020/494 abzuschreiben.	
2020/625	Für eine zeitgemässe und fortschrittliche Steuererklärung Postulat, Saskia Schenker , vom 19.11.2020	Am 30. Januar wurde E-Tax BL lanciert (siehe auch Medienkonferenz der FKD vom 23. Januar 2023). Mit E-Tax BL wurde die seit 25 Jahren bewährte Deklarationslösung EasyTax abgelöst. Mit der Einführung von E-Tax BL macht die Steuerverwaltung einen wichtigen Schritt in die digitale Zukunft und stellt den Steuerkundinnen und -kunden eine moderne und webbasierte Steuerdeklarationslösung zur Verfügung. Mit E-Tax BL setzt der Kanton Basel-Landschaft auf eine Anwendung, die sich in anderen Kantonen bereits bestens bewährt hat. Nach der Registrierung führt E-Tax BL die Steuerpflichtigen mit verschiedenen Eingabemasken Schritt für Schritt durch die Steuererklärung. Auf jeder auszufüllenden Seite finden sich die notwendigen Erläuterungen aus der Wegleitung. Die Daten von EasyTax aus dem Vorjahr können in die Online-Steuererklärung übernommen werden. Die erforderlichen Belege, die mit der Steuererklärung einzureichen sind, werden elektronisch mitgeschickt. Mit Hilfe einer Scan-App auf dem	

		<p>Smartphone werden die Steuerbelege schnell und unkompliziert fotografiert, hochgeladen und mit der Steuererklärung verknüpft. Die Belege können auch direkt aus dem Laufwerk des benutzten Computers hochgeladen werden.</p> <p>Um dem Datenschutz vollumfänglich gerecht zu werden, erfolgt die Erfassung der Steuerangaben auf der Basis einer Zwei-Faktoren-Authentifizierung. Ein Zugangscode ersetzt die persönliche Unterschrift und ermöglicht die persönliche Freigabe durch die steuerpflichtigen Personen. Die Daten werden verschlüsselt auf einem Server des Kantons Basel-Landschaft gespeichert.</p> <p>Mit der Einführung von E-Tax BL wurden die Anforderungen des Postulats umgesetzt. Dieses wird deshalb zur Abschreibung beantragt.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, Postulat 2020/625 abzuschreiben.</p>	
--	--	--	--

2.1.2. Motionen

Keine

2.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2018/164	<p>Intensive Nutzung der Hafenareale in Birsfelden und Muttenz Postulat, Jürg Wiedemann, vom 25.01.2018</p>	<p>Die Unterzeichnung der Absichtserklärung des Masterplans durch den Kanton, die Gemeinde Birsfelden und die Schweizerischen Rheinhäfen ist erfolgt. Vgl. Medienmitteilung vom 13.6.2022</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, Postulat 2018/164 abzuschreiben.</p>	
2018/504	<p>«Sozial gestalten»: Überarbeitung Gesetz Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen Postulat, Pia Fankhauser, vom 26.04.2018</p>	<p>Der Landrat hat am 1.12.2022 einstimmig die Totalrevision des Mietzinsbeitragsgesetzes beschlossen. Dieses entlastet explizit Familien in finanziell schwierigen Situationen. Eine Mitfinanzierung von Genossenschaftsanteilen ist nicht Bestandteil davon. Für die Gemeinden wurde per Fremdänderung im Ergänzungsleistungsgesetz die Möglichkeit geschaffen, pflegebedürftige Personen im Rahmen des betreuten Wohnens zu unterstützen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, Postulat 2018/504 abzuschreiben.</p>	

2.2.2. *Motionen*

Keine

2.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1. *Postulate*

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2021/243	Der Rheinuferweg im Hafen Birsfelden/Auhafen Muttenz soll offen bleiben Postulat, Klaus Kirchmayr , vom 22.04.2021	<p>Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 2021-1001 vom 29. Juni 2021 verfügt, dass der sogenannte Bermenweg als Fussweg für die Öffentlichkeit offenzuhalten ist. Gleichzeitig wurde der Bermenweg aus Sicherheitsgründen mit einem Velofahrverbot belegt. Damit sind die Punkte 1 und 3 aus dem Postulat erfüllt.</p> <p>Der Regierungsrat hat weiter festgelegt, dass die übergeordnete Wegführung in den Häfen zwischen den Gemeinden, den Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) und dem Kanton (BUD/VGD) bis Ende 2022 zu konzipieren ist. Das «Fuss- und Veloverkehrskonzept Rheinhäfen plus» wurde am 15. Dezember 2022 abgeschlossen. Es dient als Grundlage für die weiteren Arbeiten von Kanton, Gemeinden und SRH. Es wurde von den Partnern zur Kenntnis genommen. Die Umsetzbarkeit des Konzepts wird im Rahmen der Erarbeitung des städtebaulichen Konzepts BIG_H für das Hafengebiet Birsfelden näher geprüft.</p> <p>Der Fussgängersteg (Punkt 3 aus dem Postulat) zwischen Hardwald und ehemaliger Schifffaltestelle wurde 2016 zurückgebaut. Ein Projekt für eine Erneuerung ist an den Forderungen der Behindertengleichstellungsorganisationen und der Waldeigentümerin gescheitert. Eine neue Verbindung vom Restaurant Waldhaus an den Rhein ist als Massnahme im Konzept aufgenommen (Prüfauftrag für à Niveau-Querungen, zuständig: Kanton).</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, Postulat 2021/243 abzuschreiben.</p>	

2.3.2. *Motionen*

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2020/221	Investitionsbudget ausschöpfen Motion, Christine Frey ,	Der Regierungsrat war und ist sich der Bedeutung der Investitionen der öffentlichen Hand für die regionale Wirtschaft bewusst – insbesondere während der schwierigen und unsicheren Pandemiezeit. Die Realisierung	

	<p>vom 14.05.2020</p>	<p>von Investitionsprojekten ist aber abhängig vom Bedarf, vom vorgegebenen Planungs- und Beschaffungsprozess, von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und von den zur Verfügung stehenden Personalressourcen in den Baudienststellen und bei den externen Planern.</p> <p>In der Pandemie hat der Kanton alles darangesetzt, dass, v.a. während der Lockdowns, die Baustellen offenblieben, keine Planauflegeverfahren sistiert und im Rahmen der Vorgaben Aufträge an Unternehmen vergeben wurden. Des Weiteren wurden in den letzten drei Jahren überdurchschnittlich viele Baugesuche eingereicht und Baubewilligungen erteilt.</p> <p>Der Regierungsrat hat in den letzten Jahren mehrere Massnahmen zur Verbesserung der Ausschöpfung des Investitionsprogramms umgesetzt.</p> <p>Seit letztem Jahr wurde die Realprognose generell auf 20% erhöht (das Investitionsprogramm wird über alle zehn Jahre mit 20% «überbucht») und als wichtigste Massnahme wurden zusätzliche Stellen im HBA, TBA und AIB (je drei Projektleiterinnen- Projektleiterstellen) bewilligt, welche mittlerweile grösstenteils besetzt werden konnten und ihre Wirkung entfalten.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, Motion 2020/221 abzuschreiben.</p>	
<p>2020/223</p>	<p>Sanierungen und Renovationen vorverlegen Motion, Christine Frey, vom 14.05.2020</p>	<p>Der Regierungsrat war sich der schwierigen und unsicheren Situation für die KMU während der Pandemie bewusst und hat, wo dies möglich war und nicht dem mehrjährigen Planungsvorlauf unterlag, den technischen und baulichen Unterhalt sowie kleinere Projekte vorverschoben. So konnten verschiedene Renovationsarbeiten und Aufträge in Schulhäusern und Verwaltungsgebäuden vorgezogen werden.</p> <p>Die Umsetzung von grösseren Sanierungs- und Investitionsprojekten ist grundsätzlich abhängig vom Bedarf, vom vorgegebenen Planungs- und Beschaffungsprozess, von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und von den zur Verfügung stehenden Personalressourcen in den Baudienststellen und bei den externen Planern. So wird beispielsweise bei Tiefbau-Sanierungsprojekten nur schon für die Koordination und Planung eine längere Vorlaufzeit von ein bis zwei Jahren benötigt.</p> <p>Vorrangiges Ziel während der Pandemie war, die bereits laufenden Baustellen und Projekte nicht zu stoppen und alles daran zu setzen, dass diese weitergeführt werden konnten.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, Motion 2020/223 abzuschreiben.</p>	

2.4. Sicherheitsdirektion

2.4.1. *Postulate*

Keine

2.4.2. *Motionen*

Keine

2.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1. *Postulate*

Keine

2.5.2. *Motionen*

Keine

2.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats

2.6.1. *Postulate*

Keine

2.6.2. *Motionen*

Keine

3. Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1. Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2019/154	Velo-Offensive BL: Nachhaltige Mobilität der Verwaltungsangestellten bei Dienstfahrten und Fahrten zur Arbeit Postulat, Mirjam Würth , vom 14.02.2019	Die Beantwortung des Postulats ist in Arbeit. Die Auswirkungen der Pandemie insbesondere der Telearbeit hat jedoch einen grossen Einfluss auf die aufgeworfenen Fragestellungen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 29.08.2023.	
2020/293	Einzigartiges Baselbiet: Rückforderungen in der Sozialhilfe Postulat, Werner Hotz , vom 11.06.2020	Die Beantwortung des Postulats erfolgt im Rahmen der Landratsvorlage zur Änderung des Sozialhilfegesetzes betreffend die Neuregelung der Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen. Die Vorlage wird vom Regierungsrat voraussichtlich im Sommer 2023 zuhänden des Landrats verabschiedet. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 22.04.2023.	
2020/448	Auswirkungen von Homeoffice auf das Steuersystem BL Postulat, Klaus Kirchmayr , vom 10.09.2020	Die Bearbeitung des Postulats ist weit fortgeschritten. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist im 1. Semester 2023 geplant. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 24.06.2023.	
2020/489	Lastenabgeltung für Siedlungsfläche von kantonaler und überregionaler Nutzung: Muttenz als Standortgemeinde für kantonale/überregionale öffentliche Werkanlagen Postulat, Anita Biedert , vom 24.09.2020	Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes behandelt. Der Regierungsrat wird die Vorlage voraussichtlich Anfang Februar 2024 zuhänden des Landrats verabschieden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 24.06.2023.	
2020/501	Armutsstrategie III: Einführung von «Wärmestuben» im Kanton	Die Beantwortung des Postulats ist in Arbeit. Dazu wird insbesondere eine	

	Baselland Postulat, Pascale Meschberger , vom 24.09.2020	Auslegeordnung zu dem Anliegen des Postulats gemacht. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 24.06.2023.	
2020/539	Umsetzung von Gleichstellung in der Steuererklärung von verheirateten Paaren Postulat, Pascale Meschberger , vom 22.10.2020	Die Bearbeitung des Postulats ist in Arbeit. Zwecks Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen wird zusätzliche Zeit benötigt. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	
2020/626	Fiskalische Äquivalenz Postulat, Stefan Degen , vom 19.11.2020	Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes behandelt. Der Regierungsrat wird die Vorlage voraussichtlich Anfang Februar 2024 zuhänden des Landrats verabschieden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 18.11.2023.	
2020/701	Personaldaten für Kantonsangestellte ins digitale Zeitalter bringen Postulat, Thomas Eugster , vom 16.12.202	Das 2022 initiierte Projekt «Stärkung Digitale Transformation BL» und die laufenden Digitalisierungsprojekte des Personalamts sind voll im Gang und haben grosse Auswirkungen auf die Fragestellung. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 02.12.2023.	
2021/18	Stimmungsbild zum Verhältnis Kanton/Gemeinden und Überprüfung «Aufgabenteilung/Lastenausgleich» Postulat, Linard Candreia , vom 14.01.2021	Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes behandelt. Der Regierungsrat wird die Vorlage voraussichtlich Anfang Februar 2024 zuhänden des Landrats verabschieden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 16.12.2023.	
2021/21	Ressourcen- und Lastenausgleich 2.0 Postulat, Béatrix von Sury d'Aspremont , vom 14.01.2021	Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes behandelt. Der Regierungsrat wird die Vorlage voraussichtlich Anfang Februar 2024 zuhänden des Landrats verabschieden Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 16.12.2023.	

3.1.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2018/459	Ein Steuersystem, das jeder versteht Motion, Reto Tschudin , vom 19.04.2018	Die Motion soll mit der Vorlage zur Umstellung des Steuerbezugssystems abgeschrieben werden. Die Vernehmlassung dazu dauerte bis 31. Dezember 2022. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 29.11.2023.	

3.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2015/015	Genossenschaftlicher Wohnungsbau beim Spiesshöfli Postulat, Kathrin Schweizer , vom 15.01.2015	Die Planungen sind am Laufen. Es ist vorgesehen, einen Anteil an preisgünstigen Wohnungen, sowie einen gewissen Standard in der Nachhaltigkeit (SNBS) sicherzustellen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 15.11.2023.	
2020/165	Erlass Hundesteuer für Tiere aus Heimen (Hundegesetz 342) Postulat, Marco Agostini , vom 02.04.2020	Die Möglichkeit, die Hundesteuer für Tiere aus Heimen zu erlassen, wurde im Musterhundereglement der Gemeinden eingefügt. Das Musterhundereglement wird voraussichtlich im 1. Quartal 2023 fertiggestellt. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 11.03.2023	
2020/621	Lobbying des Regierungsrates für Verhandlungen des Bundesrates mit dem französischen Staat über das anwendbare Arbeitsrecht im Schweizer Sektor am EuroAirport Postulat, Simon Oberbeck , vom 19.11.2020	Das im Postulat formulierte Ziel, im Schweizer Sektor des EAP eine nachhaltige und gerichtsfeste Lösung zur Rechtssicherheit im Arbeitsrecht zu schaffen, kann nur mit weiteren Partnern erreicht werden. Gespräche hierzu finden auf verschiedenen Ebenen statt, entfalten aber noch keine Wirkung. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	
2021/102	Parkhaus für das UKBB Postulat, Rolf Blatter ,	Es findet mindestens 1x jährlich ein Abgleich zwischen den Kantonen BL und	

	vom 11.02.2021	BS sowie dem UKBB zu diesem Thema statt. Leider zeichnet sich nach wie vor keine Lösung ab. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	
2021/214	Depressions- & Suizid-Prävention bei Kindern & Jugendlichen Postulat, Laura Grazioli , vom 25.03.2021	Die Einreichung der LRV-Entwürfe zur Beantwortung der beiden Vorstösse ist auf Beginn 2023 vorgesehen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	

3.2.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2014/222	Verbesserung der Parkplatzsituation am UKBB Motion, Christoph Buser , vom 26.06.2014	Es findet mindestens 1x jährlich ein Abgleich zwischen den Kantonen BL und BS sowie dem UKBB zu diesem Thema statt. Leider zeichnet sich nach wie vor keine Lösung ab. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 27.09.2023.	

3.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2017/163	Hochleistungsstrassennetz Nordwestschweiz 2040+ Postulat, Rolf Blatter , vom 04.05.2017	Der Bund hat per 2020 mit kleinen Ausnahmen (Chienbergtunnel; Tunnel Lange Heid) alle Hochleistungsstrassen im Kanton Basel-Landschaft übernommen. Diese Strecken bilden das Rückgrat der Hochleistungsstrasse im Kanton, worauf eine kantonale Planung aufbauen muss. Bei der Planung des Bundes sind diverse Prozesse (Lösung für 8-Spur-Ausbau Hagnau – Augst, Westring Basel oder auch gestarteter Korridorprozess A18/H18) nicht abgeschlossen bzw. noch am Laufen. Damit fehlen leider weiterhin die notwendigen Grundlagen, um den Vorstoss belastbar beantworten zu können. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 02.11.2023.	

2017/309	Anwohnerparkkarten auf Kantonsstrassen Vorlage, Matthias Häuptli , vom 31.08.2017	<p>Das Postulat wurde vom Landrat mit Beschluss vom 17.10.2019 stehen gelassen. Die ergänzenden Abklärungen sind in der Zwischenzeit erfolgt. Die materielle Stossrichtung sowie das weitere Vorgehen soll im 1. Semester 2023 der zuständigen Bau- und Planungskommission vorgestellt werden und in der Folge die ergänzte Berichterstattung zu Händen des Landrats erfolgen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.10.2023.</p>	
2018/596	Hochleistungsstrassennetz in der Region Basel Postulat, Franz Meyer , vom 31.05.2018	<p>Der Bund hat per 2020 mit kleinen Ausnahmen (Chienbergtunnel; Tunnel Lange Heid) alle Hochleistungsstrassen im Kanton Basel-Landschaft übernommen. Diese Strecken bilden das Rückgrat der Hochleistungsstrasse im Kanton, worauf eine kantonale Planung aufbauen muss. Bei der Planung des Bundes sind diverse Prozesse (Lösung für 8-Spur-Ausbau Hagnau – Augst, Westring Basel oder auch gestarteter Korridorprozess A18/H18) nicht abgeschlossen bzw. noch am Laufen. Damit fehlen leider weiterhin die notwendigen Grundlagen, um den Vorstoss belastbar beantworten zu können.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 13.12.2023.</p>	
2019/244	Planung Muggenbergtunnel Postulat, Rolf Blatter , vom 04.04.2019	<p>Aktuell startet das ASTRA die Korridorstudie. Ein mögliches Resultat davon könnte eine Aussage zum Muggenberg sein. Da sich diese Strasse nicht mehr in der Hoheit TBA BL befindet, muss eine seriöse Beantwortung das Resultat besagter Studie abwarten. Achtung: Im Unterschied zum OeV ist eine kantonale Vorfinanzierung NICHT möglich.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 26.09.2023.</p>	
2019/335	Verkehrsleitsystem Leimental Postulat, Klaus Kirchmayr , vom 09.05.2019	<p>Der Auftrag ist in grösserem Kontext zu sehen und bedarf einer bikantonalen Zusammenarbeit mit BS. Für einen Teilbereich des Perimeters Leimental (Allschwil, Binningen und Basel-West) wird gegenwärtig eine Planungsstudie zu dieser Thematik erarbeitet. Diese dient für den Gesamtperimeter als Modellvorhaben. Die Resultate dieser Planungsstudie liegen ca. in der ersten Hälfte 2024 vor. Es ist vorgesehen, dass nach Abschluss dieser Planungsstudie zum Postulat (voraussichtlich 2024) Bericht erstattet wird.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.10.2023.</p>	

2019/342	Regionalisierung der Wasserförderungs- und Aufbereitungsanlagen Postulat, Präsidium Umweltschutz- und Energiekommission, vom 09.05.2019	<p>Das Postulat soll im Rahmen der Erarbeitung der Wasserstrategie beantwortet werden. Die Wasserstrategie liegt vor und wird im ersten Quartal 2023 in Mitbericht gehen. Vorgängig will der VBLG noch mitteilen, wie die Gemeinden die gemeinsam erarbeitete Strategie umsetzen werden. Der Beschluss der Wasserstrategie durch den Regierungsrat ist vor Mitte 2023 vorgesehen. Im Anschluss kann das Postulat beantwortet werden.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.10.2023.</p>	
2019/354	Velo-Schnellrouten-Netz Unteres Baselbiet Postulat, Klaus Kirchmayr , vom 16.05.2019	<p>Das Netz der Velovorzugsrouten ist in Erarbeitung und soll im Verlauf des Jahres 2023 mit den betroffenen Gemeinden konsolidiert werden. Im Rahmen des Agglomerationsprogramms 4. Gen. (Eingabe Juni 2021) wurden erste Bundesbeiträge für Velovorzugsrouten beantragt. Für drei Velovorzugsrouten (Allschwil Bachgraben – Basel SBB; Birsstadt Ost und Birsstadt West) sollen bis Mitte 2023 bereinigte Vorstudien vorliegen. Hier besteht bereits ein enger Austausch mit den Standortgemeinden. Die Berichterstattung und Abschreibung des Postulates ist mit dem Projektierungskredit im Zusammenhang mit diesen Velovorzugsrouten in der 2. Hälfte von 2023 vorgesehen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 26.09.2023.</p>	
2019/355	Velo-Schnellrouten-Netz Zentrales Baselbiet Postulat, Klaus Kirchmayr , vom 16.05.2019	<p>Das Netz der Velovorzugsrouten ist in Erarbeitung und soll im Verlauf des Jahres 2023 mit den betroffenen Gemeinden konsolidiert werden. Im Rahmen des Agglomerationsprogramms 4. Gen. (Eingabe Juni 2021) wurden erste Bundesbeiträge für Velovorzugsrouten beantragt. Für drei Velovorzugsrouten (Allschwil Bachgraben – Basel SBB; Birsstadt Ost und Birsstadt West) sollen bis Mitte 2023 bereinigte Vorstudien vorliegen. Hier besteht bereits ein enger Austausch mit den Standortgemeinden. Die Berichterstattung und Abschreibung des Postulates ist mit dem Projektierungskredit im Zusammenhang mit diesen Velovorzugsrouten in der 2. Hälfte von 2023 vorgesehen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 26.09.2023.</p>	
2019/425	Verlängerung der Tramlinie 11 an den Bahnhof Aesch Postulat, Jan Kirchmayr ,	<p>Der Gemeinde Aesch ist eine abgestimmte Beantwortung des Vorstosses wichtig, zudem wollte die BUD eine zumindest im Entwurf vorliegende Wirtschaftlichkeitsprüfung der Tramverlängerung, auch um Aussagen zur</p>	

	vom 13.06.2019	<p>Zweckmässigkeit einer eventuellen neuen Haltestelle im Perimeter der Tramverlängerung haben. Diese Prüfung liegt seit November 2022 vor und wurde anschliessend durch die zuständigen Stellen im Kanton geprüft, sodass eine konsolidierte Haltung vorliegt. Die Beantwortung des Vorstosses steht kurz vor dem Abschluss und wird anschliessend mit der Gemeinde Aesch abgestimmt.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.10.2023.</p>	
2019/556	<p>25 Jahre Schloss Wildenstein beim Kanton Basel-Landschaft: Zeit für eine Gesamtstrategie Postulat, Balz Stückelberger, vom 29.08.2019</p>	<p>Im Rahmen der Erarbeitung der Gesamtstrategie für das Schloss Wildenstein hat das Hochbauamt in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Denkmalpflege beschlossen, dass die Nutzungs- und Vermarktungsanalyse zusammen mit einer externen Stelle ausarbeitet und erstellt werden soll. Die Interviews, welche im Rahmen dieser Erarbeitung geführt werden sollten, haben sich zum Teil verzögert und konnten noch nicht abschliessend durchgeführt werden. Einerseits aufgrund von personellen Veränderungen, beispielsweise bei den Personen, welche Führungen auf dem Schloss durchführen und andererseits, weil zum Teil keine passenden Zeitfenster mit den Interviewpartnern gefunden werden konnten.</p> <p>Die Durchführung der noch offenen Interviews ist im 1. Quartal 2023 geplant. Danach können die letzten Bereinigungen in der Gesamtstrategie ausgeführt werden und die Berichterstattung zur Vorlage kann erfolgen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.10.2023.</p>	
2019/608	<p>Lückenschluss der Tramlinien in Allschwil Postulat, Felix Keller, vom 26.09.2019</p>	<p>Das Amt für Mobilität BS hat in Zusammenarbeit mit der Abteilung öffentlicher Verkehr BL sowie dem Tiefbauamt BL eine bikantonale Vorstudie zum Tram Bachgraben erarbeitet, welche am 1. Juli in die Behördenvernehmlassung ging. Da das Tram Lückenschluss ein Netzelement ist, das nach dem Tram Letten (aktueller Stand BP) und dem Tram Bachgraben (aktueller Stand abgeschlossene Machbarkeitsstudie) angedacht ist, war es der BUD wichtig, zuerst eine Stellungnahme des Gemeinderates Allschwil zum Tram Bachgraben zu erhalten, bevor der Vorstoss final beantwortet wird. Der Gemeinderat hat sich mit Brief vom 12. Dezember 2022 wie folgt geäussert: «Die Vorstudie Tram Bachgraben ist ein wichtiger Schritt hin zu einer verträglicheren und nachhaltigeren Mobilität in Allschwil und Basel-West» und stimmt dieser grundsätzlich zu. Mit der nun vorliegenden Stellungnahme kann der Vorstoss beantwortet werden, die</p>	

		<p>technischen Untersuchungen sind abgeschlossen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.01.2023.</p>	
2019/623	<p>Chance für eine regionale Leuchtturm-Zusammenarbeit? Batterie- und Wasserstoff (H2)-Brennstoffzellen-Antrieb Postulat, Jan Kirchmayr, vom 26.09.2019</p>	<p>Die Frage, welche Rolle der Kanton in der Produktion eines Energieträgers einnehmen kann / soll, hängt aktuell mit der Frage der Klimastrategie zusammen. Zuerst muss diese in groben Zügen vorliegen, dann kann daraus abgeleitet eine Stossrichtung für die Produktion von Wasserstoff auf Kantonsgebiet formuliert werden. Die Möglichkeiten von CO2 armem Wasserstoff als Energieträger sind nicht trivialer Natur in unserer Region.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.01.2023.</p>	
2019/670	<p>Auswirkungen des Klimawandels auf die kantonalen Infrastrukturen Postulat, Laura Grazioli, vom 17.10.2019</p>	<p>Die Fragestellung, wie der Klimawandel unsere Infrastruktur beeinflusst, welcher Art die Regeln der Baukunst dereinst mal sein werden, und wie sich das im Zusammenspiel mit den Ansprüchen unserer Nutzer konkretisiert, bedarf einer umfassenden Analyse. Da es sich um eine alle Bereiche umfassende Fragestellung geht, kann die Antwort seriöser Weise nicht auf die Schnelle generiert werden. Zu wichtig sind die entsprechenden Aspekte und potentiellen Konsequenzen daraus.</p> <p>Aufgrund der Komplexität der Thematik sind weitere Abklärungen notwendig. Die Beantwortung erfolgt im ersten Semester 2023.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 13.02.2023.</p>	
2020/38	<p>Ladestationen für Elektromobilität Postulat, Hanspeter Weibel, vom 16.01.2020</p>	<p>Die Beantwortung erfolgt durch das Hochbauamt, jedoch federführend für die konzeptionelle Ausarbeitung eines Konzepts ist das Tiefbauamt. Die Vorlage liegt im Entwurf vor und die Berichterstattung kann im 2. Quartal 2023 eingereicht werden.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 14.01.2023.</p>	
2020/454	<p>Pilotprojekt für Velovorzugsrouten auf Ortsdurchfahrten in den beiden Frenkentälern Postulat, Thomas Noack,</p>	<p>Das Netz der Velovorzugsrouten ist in Erarbeitung und soll im Verlauf des Jahres 2023 mit den betroffenen Gemeinden konsolidiert werden. Erst mit Abschluss dieses Prozesses kann die Frage beantwortet werden, wo sinnvollerweise im Kanton eine Velovorzugsroute zu liegen kommt. Gegenwärtig werden für drei Velovorzugsrouten (Allschwil Bachgraben – Basel SBB; Birsstadt Ost und Birsstadt West) Vorstudien erarbeitet und</p>	

	vom 10.09.2020	dabei Erfahrungen mit der Dimensionierung und Ausgestaltung gesammelt. Erst wenn diese Grundlagen vorliegen, kann die Frage beantwortet werden, wie und ob ein Pilotprojekt gemäss Vorstoss zweckmässig ist und zu wesentlichen zusätzlichen Erkenntnissen führt. Es ist daher davon auszugehen, dass die Beantwortung des Postulats erst im Jahr 2024 möglich ist. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 03.06.2023.	
2020/658	Gemeinsame Schnittstelle für alle umweltfreundlichen Fortbewegungsarten und Verkehrsangebote Postulat, Jan Kirchmayr , vom 03.12.2020	Das mittels Vorstoss adressierte Thema wird zurzeit von einer Vielzahl von Stakeholdern bearbeitet. Verschiedene nationale Projekte, die mit der Fragestellung zusammenhängen (z.B. GITA bei Alliance Swissspass oder NaDIM - Nationale Datenplattform Mobilität - beim BAV) sind dabei sich zu konkretisieren. Kantonsintern wurde 2022 die Erarbeitung der Mobilitätsstrategie BL in Angriff genommen. Diese geht im 2023 in Vernehmlassung und dient als Grundlage für die Beantwortung der Fragen des Postulats. Eine Beantwortung des Postulats, welche die erwähnten Entwicklungen berücksichtigt und dadurch aussagekräftig wird, wird im Laufe des Jahres 2023 erfolgen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	
2021/400	Verbindungsbrücke Muttenz-Hardwald: Kanton unterstützt Gemeinde Muttenz, um Zugänglichkeit der Grenzacherstrasse zu gewährleisten Postulat, Simon Oberbeck , vom 10.06.2021	Das Verfahren für die Baubewilligung zur Erneuerung der Grenzacherbrücke ist kompliziert; das Geschäft wurde zuerst vom BAV der Gemeinde Muttenz übergeben und nun wieder vom BAV zurückgenommen. Es ist noch unklar, wie das Verfahren genau weiterläuft und wie der Kanton die Gemeinde allenfalls unterstützen kann – die Sicherstellung der verlangten Zugänglichkeit ist eine Angelegenheit der Gemeinde Muttenz. Grundsätzlich ist das Verfahren aber auf gutem Wege und eine Einigung SBB / Muttenz scheint möglich; der Kanton wurde direkt aber nicht einbezogen. Das Baubewilligungsverfahren sollte bis ca. Mitte 2023 abgeschlossen sein. Wenn diese Infos vorliegen, kann das Postulat beantwortet werden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 10.06.2023.	

3.3.2. *Motionen*

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2014/012	Eine Strasseninfrastruktur-Strategie für Baselland Motion, Christof Hiltmann , vom 16.01.2014	Der Bund hat per 2020 mit kleinen Ausnahmen (Chienbergtunnel; Tunnel Lange Heid) alle Hochleistungsstrassen im Kanton Basel-Landschaft übernommen. Diese Strecken bilden das Rückgrat der Hochleistungsstrasse im Kanton, worauf eine kantonale Planung aufbauen muss. Bei der Planung des Bundes sind diverse Prozesse (Lösung für 8-Spur-Ausbau Hagnau – Augst, Westring Basel oder auch gestarteter Korridorprozess A18/H18) nicht abgeschlossen bzw. noch am Laufen. Damit fehlen leider weiterhin die notwendigen Grundlagen, um den Vorstoss belastbar beantworten zu können. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 29.01.2023.	
2017/342	Erschliessung des Entwicklungsgebiets «Uptown Basel» in Arlesheim Motion, Balz Stückelberger , vom 14.09.2017	Das Vorprojekt der Talstrasse, die die Erschliessung des Entwicklungsgebietes «Uptown Basel» unterstützen / verbessern kann, ist in Arbeit. Mit der Anpassung 2021 der Kantonalen Richtplans (KRIP) soll die Talstrasse im Richtplan festgesetzt werden und gleichzeitig die Motion abgeschrieben werden. Die KRIP-Vorlage soll 2023 dem Landrat unterbreitet werden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 11.01.2023.	
2019/470	Überall Plastik! Motion, Béatrix von Sury d'Aspremont , vom 27.06.2019	Die Motion fokussiert auf ökologische Aspekte von Einwegplastik. Die Covid-Pandemie hat einen massiven Einfluss auf die Beurteilung von Einwegplastik. Covid hat hygienische Aspekte in den Vordergrund gerückt. Vor diesem Hintergrund musste die Ausgangslage neu beurteilt werden – mittlerweile liegt der Entwurf jedoch vor und die Beantwortung soll im 1. Semester 2023 erfolgen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.10.2023.	
2020/27	Radwege mit Augenmass Motion, Markus Graf , vom 16.01.2020	Die angesprochene vorgesehene Studie von bfu und ASTRA zu diesem Thema wird vom Tiefbauamt BL verfolgt; wurde gemäss unserem Wissen aber noch nicht gestartet. und im Rahmen der Velokonferenz bietet sich die Möglichkeit, mögliche Standorte in die Untersuchung aufzunehmen. In der kantonalen Praxis werden ohnehin die "kritischen Zwischenbreiten" bei	

		<p>Mittelinseln vermieden, d.h. es werden klare Verhältnisse angestrebt, damit entweder der Veloverkehr gefahrlos überholt werden kann oder die Breiten zu schmal für Überholvorgänge sind.</p> <p>Der Kanton ist offen für allfällige Optimierungen in solchen Situationen, wo nur eine geringe Durchfahrtsbreite vorherrscht, orientiert sich dabei aber stets an den Vorgaben des Bundes.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 17.12.2023.</p>	
--	--	--	--

3.4. Sicherheitsdirektion

3.4.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2019/113	Fürsorgerische Unterbringung Postulat, Andi Trüssel , vom 31.01.2019	<p>Nach der ursprünglich beabsichtigten Lösung der Thematik in einer EG-ZGB Revision, welche in der Vernehmlassung weitgehend abgelehnt wurde, wird ein separater Bericht zum Postulat erstellt. Dieser wird dem Landrat in den kommenden Wochen vorgelegt.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 29.08.2023.</p>	
2019/341	Verbot von unbemannten Luftfahrzeugen in Kompetenz der Gemeinden Postulat, Jan Kirchmayr , vom 09.05.2019	<p>Der Bundesrat hat am 25. November 2022 die Übernahme der EU-Drohnenregulierung bekannt gegeben und die Änderungen an der relevanten Verordnung des UVEK über Luftfahrzeuge publiziert. Es hat sich gezeigt, dass die Bundesregulierungen in Bezug auf die beiden Postulate weiterhin Fragen offenlassen, entsprechend wird die Behandlung der Postulate nun (wieder-)aufgenommen.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.10.2023.</p>	
2019/343	Drohnenflugverbot – Wer hat die Kompetenz dafür? Postulat, Béatrix von Sury d'Aspremont , vom 09.05.2019	<p>Vgl. Begründung zu Postulat 2019/341.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 31.10.2023.</p>	
2019/815	Bedarfsabklärung für eine Notunterkunft für Mädchen und	Für die Beantwortung des Postulats wurde die Berichterstattung des	

	junge Frauen (14–20 Jahre) Postulat, Caroline Mall , vom 12.12.2019	Eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) abgewartet. Diese liegt nun, nach einiger Verzögerung, seit dem Sommer 2022 vor. Die Postulatsbearbeitung ist aufgrund der Verzögerung noch im Gang und konnte noch nicht abgeschlossen werden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 28.01.2023.	
2020/505	Generationenstrategie fürs Baselbiet Postulat, Laura Grazioli , vom 24.09.2020	Das Anliegen des Postulats wird in Zusammenhang mit der Überarbeitung des Altersleitbildes aufgenommen. Die Arbeiten daran sind noch nicht abgeschlossen, der Bericht zum Postulat wird nach Abschluss dieser Arbeiten erfolgen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 24.06.2023.	
2020/586	KESB konstant verbessern: Ärztliche Unterbringung in Notfällen auch im Kanton Basel-Landschaft Postulat, FDP-Fraktion, vom 05.11.2020	Zur Bearbeitung des Postulats wurde der Schlussbericht des Bundesamts für Justiz zur Evaluation der Bestimmungen zur fürsorgerischen Unterbringung abgewartet. Der Bericht wurde am 16. Dezember 2022 veröffentlicht. Auf der Grundlage der Berichterstattung des Bundes wird nun die Postulatsbearbeitung in Angriff genommen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	

3.4.2. Motionen

Keine

3.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1. Postulate

Nummer	Titel / Postulant/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2015/262	Neuregelung Lektionsverpflichtung/ Berufsauftrag der schulischen LogopädInnen Postulat, Thomas Bühler , vom 25.06.2015	Aufgrund negativer Vernehmlassungsantworten wurde die Neuregelung für schulische LogopädInnen vom VAGS-Projekt Berufsauftrag abgekoppelt mit dem Auftrag, eine separate Lösung im Anschluss an den Berufsauftrag zu erarbeiten. Die Neuregelung der Lektionsverpflichtung der schulischen LogopädInnen wird im 1. Quartal 2023 durch eine Arbeitsgruppe geprüft, die in KW 4 das erste Mal zusammenkommt. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis	

		25.02.2023.	
2019/68	Keine Geschlechtertrennung in Heimen und Internaten ausser in begründeten Fällen Postulat, Marc Schinzel , vom 17.01.2019	Die Klärung bezüglich allfälligen Anpassungen der bundesrechtlichen Grundlagen der eidgenössischen Pflegekinderverordnung im Bereich der Kriterien für die Bewilligung von Heimen ist in Gang. Am 14. Dezember 2022 hat Nationalrat Benjamin Roduit ein Postulat eingereicht, wonach der Bundesrat die notwendigen Schritte für eine Revision der PAVO aufzeigen soll (22.4407: Ein zeitgemässer Handlungsrahmen für die ausserfamiliäre Begleitung von Kindern tut not) – was die Kantone schon länger gefordert haben. Die Beantwortung des Postulats ist nachfolgend zur Klärung auf Bundesebene vorgesehen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 16.05.2023.	
2019/615	Finanzierungsklarheit KITaplus Postulat, Miriam Locher , vom 26.09.2019	Die Beantwortung dieses Postulats erfolgt im Rahmen des unter der Federführung der SID initialisierten VAGS-Projekts «Beauftragung zur Initialisierung eines Projekts zur Weiterentwicklung der familien- und schulergänzenden Betreuung sowie des Angebots an Tagesschulen» (RRB 2022-1229 vom 16. August 2022). Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 13.02.2023.	
2020/67	Frühförderung von verhaltensauffälligen Kindern mit sozialem und emotionalem Förderbedarf Postulat, Caroline Mall , vom 30.01.2020	Wie im Beschluss des Landrats vom 11. Februar 2021 festgehalten wurde, ist die Beantwortung des Postulats an die Evaluation des Konzepts Frühe Förderung Kanton BL gebunden. Der Entwurf des Evaluationsberichts liegt vor und wird im ersten Quartal 2023 finalisiert werden. Nachfolgend werden die Schlüsse abgeleitet. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 11.02.2023.	
2020/112	Bedarfsgerechte flächendeckende Einführung von Tagesschulen Postulat, Béatrix von Sury d'Aspremont , vom 13.02.2020	Die Beantwortung dieses Postulats erfolgt im Rahmen des unter der Federführung der SID initialisierten VAGS-Projekts «Beauftragung zur Initialisierung eines Projekts zur Weiterentwicklung der familien- und schulergänzenden Betreuung sowie des Angebots an Tagesschulen» (RRB 2022-1229 vom 16. August 2022). Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 11.02.2023.	
2020/453	Sekundarschulbauten fit für die	Die Beantwortung dieses Postulats erfolgt im Rahmen des unter der	

	Zukunft Postulat, Jan Kirchmayr , vom 10.09.2020	Federführung der SID initialisierten VAGS-Projekts «Beauftragung zur Initialisierung eines Projekts zur Weiterentwicklung der familien- und schulergänzenden Betreuung sowie des Angebots an Tagesschulen (RRB 2022-1229 vom 16. August 2022). Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 10.06.2023.	
2020/577	Feedback zu Kundenkontakt in der Verwaltung Postulat, Martin Dätwyler , vom 05.11.2020,	Das Postulat ist in Bearbeitung. Die Vorlage soll dem Landrat im ersten Halbjahr 2023 zugeleitet werden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 04.11.2023.	
2021/71	Genügend Unterstützung für Schülerinnen, Schüler und Eltern in der Zeit der Pandemie Postulat, Ernst Schürch , vom 11.02.2021	Das Postulat ist in Bearbeitung. Die Vorlage soll dem Landrat im ersten Halbjahr 2023 zugeleitet werden. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 11.03.2023.	
2021/77	Kombiniertes Studienangebot Sek1 und Sek2 Postulat, Roman Brunner , vom 11.02.2021	Bei der FHNW wurden im Zusammenhang mit der Wiederanerkennung der aktuellen Studiengänge durch die EDK die Möglichkeiten für ein kombiniertes Studienangebot Sek I und Sek II geprüft. Das Ergebnisse dieser Prüfung sollte bis Anfang 2023 bei der BKSD eingehen. Das Postulat wird auf Basis dieser Ergebnisse fertiggestellt. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 18.11.2023.	

3.5.2. Motionen

Nummer	Titel / Motionär/in	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2019/466	Anpassung der Zulassungsbedingungen für Sek II-Abgänger mit Berufsmatur an die PH für Studiengänge Kindergarten-/Unterstufe und Primarstufe Motion, Caroline Mall , vom 27.06.2019	Das Anliegen der Motion wurde im Rahmen der Vorbereitung der Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag FHNW den Trägerkantonen der FHNW beantragt. Die Beantwortung wird spätestens im Rahmen der LRV zum Leistungsauftrag 2025–2028 erfolgen. Der Regierungsrat beantragt Fristverlängerung um ein Jahr bis 26.09.2023.	

3.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung des Landrats

3.6.1. *Postulate*

Keine

3.6.2. *Motionen*

Keine

4. Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 der Landratsvorlage aufgeführten Vorstösse abzuschreiben;
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 der Landratsvorlage aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 7. Februar 2023

Im Namen des Regierungsrats

Die Präsidentin:

Kathrin Schweizer

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich

5. Anhang

- Entwurf Landratsbeschluss

Landratsbeschluss

über Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. die unter Ziffer 2 der Landratsvorlage aufgeführten Vorstösse abzuschreiben;
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 der Landratsvorlage aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, Datum wird von der LKA eingesetzt!

Im Namen des Landrats

Die Präsidentin:

Die Landschreiberin: